

1 Ar-09

2 Antragsteller: Region OWL

3

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 **Selbstbestimmte Flexibilität – Hände weg vom Arbeits-**
7 **zeitgesetz**

8

9 Globalisierung, Digitalisierung und auch die ökologi-
10 sche Transformation werden die Art und Weise, wie wir
11 in Zukunft produzieren und arbeiten, grundlegend ver-
12 ändern. Die Vorstellung der neuen Arbeitswelt wird oft
13 verbunden mit einer Auflösung von vereinbarten und
14 erprobten Strukturen und Bindungen, die in einer neu-
15 en Flexibilität und Freiheit enden soll. Hinter der von
16 Konservativen und Liberalen geforderten neuen Flexibi-
17 lität steht allerdings kein Bild einer selbstbestimmten,
18 sondern einer einseitigen Flexibilität für die Arbeitge-
19 berseite zu Ungunsten der Beschäftigten.

20

21 Arbeitnehmer*innen, die rund um die Uhr erreichbar
22 sind und vorgeblich junge und hippe Unternehmen, in
23 denen Betriebsräte „gegen die Werte des Unterneh-
24 mens verstoßen“, oder als „Verhinderer“ neuer Formen
25 von moderner Arbeit gelten und der Kicker im Pausen-
26 raum die Mitbestimmung ersetzen soll: Das ist die kon-
27 servative, nicht am Menschen orientierte und libera-
28 le Fantasie einer neuen Arbeitswelt. Dieser Vorstellung
29 stellen wir uns klar entgegen.

30

31 Wir stellen fest:

32

- 33 • Das bestehende Arbeitszeitgesetz bietet auch für
34 die sogenannte „neue Arbeitswelt“ einen guten
35 Ordnungsrahmen, der Flexibilität für Unternehmen
36 und Beschäftigte bietet und zulässt. Gleichzeitig
37 schützt dieser Ordnungsrahmen vor einer Entgren-
38 zung der Arbeitszeit und dient somit der Vorbeu-
39 gung und des Schutzes der Beschäftigten vor Über-
40 belastung und fördert die Ausgewogenheit zwi-
41 schen Familie und Beruf. Die Regelungen zu Pausen-
42 und Ruhezeiten sowie zu täglichen und wöchentli-
43 chen Höchstarbeitszeiten sind mit den Anforderun-
44 gen agilen und digitalen Arbeitens kompatibel. Mo-
45 biles Arbeiten steht überhaupt nicht im Konflikt mit
46 dem bestehenden Arbeitszeitgesetz. Warum soll-
47 ten z.B. Beschäftigte denn mehr Arbeitszeit benö-
48 tigen, nur weil sie ihre Tätigkeit von zu Hause ver-
49 richten? Eine Öffnung des Arbeitszeitgesetzes be-
50 deutet einfach nur, dass die Menschen noch mehr
51 Arbeit leisten sollen. Dies ist ein absolut abzuleh-
52 nender Synergieeffekt. Die Selbstausschöpfung wird
53 hier zunehmen und die Verantwortung dafür auf je-
54 den einzelnen delegiert. Eine Ausweitung des Acht-
55 Stunden-Tages im Sinne der Arbeitgeber und Unter-
56 nehmen wird es mit der SPD nicht geben.
- 57 • Arbeitnehmer*innen haben ein Recht auf Abschalt-
58 en. Wir unterstützen keine Gesetzesinitiativen, die
59 eine Dauer-Erreichbarkeit zur Konsequenz haben.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Überweisung an SPD-
Bundestagsfraktion

60 • Es ist nicht Aufgabe des Gesetzgebers, Öffnungs-
61 klauseln für die Tarifparteien gesetzlich zu schaffen,
62 die am Ende vornehmlich zur Verschlechterung der
63 Situation von Beschäftigten und Aufweichung von
64 gesetzlichen Schutzfunktionen führen. Die Tages-
65 ordnungen bei Tarifverhandlungen zwischen Ge-
66 werkschaften und Arbeitgeberverbänden sind wei-
67 terhin alleine ihre Aufgabe und müssen es auch zu-
68 künftig bleiben.

69
70 Wir setzen auf eine aktive Politik, die die Transformation
71 der Arbeitswelt im Sinne der Menschen gestaltet. Un-
72 ser Ziel ist es dabei, Arbeitnehmer*innen mehr selbstbe-
73 stimmte Flexibilität für Familie und Freizeit zu ermögli-
74 chen statt eine Entgrenzung von Arbeit und Leben vor-
75 anzutreiben.

76
77 Wir fordern:

78
79 • Den Anspruch auf Arbeit im „echten“ Homeoffice:
80 Dazu gehört die Definition von Standards für die
81 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Ein-
82 haltung von bestehenden Regeln des Arbeitsschut-
83 zes, damit mobiles Arbeiten nicht zur Gefahr wird.
84 Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz im Home-
85 office dürfen auch zukünftig keine bestehenden Re-
86 gelungen im Unternehmen außer Kraft setzen und
87 somit aufweichen.

88 • Eine Stärkung der Rechte von Betriebsräten im Be-
89 reich der Personalplanung und -entwicklung, beim
90 Einsatz von Selbständigen bzw. anderen außerbe-
91 trieblichen Arbeitskräften im Betrieb, beim Einsatz
92 von digitalen Technologien wie z.B. künstlicher In-
93 telligenz, sowie stärkere Sanktionsmöglichkeiten
94 für Betriebsräte im Falle von Verstößen gegen das
95 Arbeitszeitgesetz.

96 • Eine echte Kontrolle: Erwartbar ist, dass die Dun-
97 kelziffer bei Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz
98 deutlich höher liegt als die Quote, die von den Be-
99 hörden durch sporadische Kontrollen festgestellt
100 wird. Bereits jetzt gehen z.B. die rechtlichen Aus-
101 einandersetzungen im Gastgewerbe fast immer um
102 geleistete Überstunden, die nicht vom Arbeitseber
103 anerkannt werden. Beschäftigte verdienen hier ei-
104 nen besseren Schutz. Unternehmen müssen wis-
105 sen, dass ernsthafte Konsequenzen drohen, wenn
106 Beschäftigtenschutzrechte missachtet werden.

107
108 Die Forderungen sollen in die SPD-Wahlprogramme für
109 die Bundestagswahl 2021 und die Landtagswahl 2022
110 aufgenommen werden.